

## **Polen tritt als EU-Ratsvorsitz ein: Ziehen Sanktionen gegen Russland an?**

Putins Verbündeter, Ungarn, verliert ab 2025 den EU-Ratsvorsitz an Polen, das härtere Sanktionen gegen Russland anstrebt.

**Brüssel, Belgien** - Brüssel – Aktuell zeichnet sich ein potenzieller Wandel in den EU-Politiken gegen Russland ab. Ungarn, bisher als Hauptverbündeter Russlands innerhalb der Europäischen Union, wird ab 2025 den Vorsitz im EU-Rat an Polen abgeben. Dies könnte möglicherweise die Haltung gegenüber Russland und dessen Wirtschaft erheblich beeinflussen. Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident, hatte sich in der Vergangenheit wiederholt gegen EU-Sanktionen ausgesprochen und versucht, die russische Wirtschaft zu unterstützen, vor allem durch den Import von russischem Gas.

Der Wechsel, der am 1. Juli 2024 beginnt, könnte für die Politik der EU gegenüber Russland von großer Bedeutung sein. Polen, das den Vorsitz übernehmen wird, hat bereits angekündigt, eine härtere Linie gegenüber Russland einzuschlagen. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die EU weiterhin mit Herausforderungen in Bezug auf Sanktionen gegen Russland konfrontiert ist. Krzysztof Bolesła, Polens Klimaminister, merkte kürzlich an, dass die steigenden Importe russischer Energie ein „schlechtes Zeichen“ sind und Maßnahmen notwendig werden.

## **Sanktionen gegen Russlands Öl und Gaskäufe**

Innerhalb des EU-Rats wird Polen eine zentrale Rolle dabei

spielen, wie die Sanktionen gegen Russland ausgeweitet oder angepasst werden können. Die ukrainische Regierung sieht der polnischen Ratspräsidentschaft optimistisch entgegen und erhofft sich eine Wiederbelebung der Sanktionsgespräche, um härtere Maßnahmen gegen Russland zu implementieren. „Wir setzen große Hoffnungen in die polnische Ratspräsidentschaft“, sagte der ukrainische Sanktionskommissar Vladyslav Vlasiuk.

Zuvor hatte Ungarn beharrlich gegen die Verschärfung von Sanktionen gestimmt, insbesondere gegen Maßnahmen, die eingefrorene russische Vermögenswerte betreffen. Orbán begründete seine Haltung damit, dass die bestehenden Sanktionspakete mehr Schaden für die europäische Wirtschaft als für die russische Wirtschaft anrichten würden. Diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU schaffen Raum für Spekulationen darüber, wie sich die Dynamik nach dem Wechsel des Ratsvorsitzes ändern könnte.

## **Polen nimmt Kurs auf schärfere Maßnahmen**

Polens künftige Rolle könnte eine Wendung in der EU-Politik zur Folge haben, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion über EU-Sanktionen gegen russisches Flüssigerdgas (LNG). Diese Sanktionen gewinnen an Bedeutung, da die gegenwärtigen Regulierungen als nicht wirksam genug eingestuft werden. Beobachter stellen fest, dass es beträchtliche Lücken in den bestehenden Sanktionsmechanismen gibt, die es Russland ermöglichen, teilweise ungehindert zu agieren.

Zusätzlich haben mehrere EU-Länder, darunter Frankreich und mehrere baltische Staaten, die Europäische Kommission gedrängt, die Vorschriften für russische LNG-Importe zu verschärfen. Sie fordern mehr Transparenz und die Identifikation von Unternehmen, die russisches Erdgas importieren.

Maria Shagina, eine Fachfrau für Wirtschaft und Sanktionen am Internationalen Institut für Strategische Studien, hebt hervor,

dass die Möglichkeit, die LNG-Sanktionen zu verschärfen, auf dem Tisch liegt. „Außer LNG gibt es nur noch wenige große Sanktionen übrig, die man anvisieren könnte“, so Shagina. Die Entwicklung bleibt insgesamt spannend, da sich ab Januar 2025 Fenster für neue Ansätze in der EU-Politik gegenüber Russland eröffnen könnten.

Mit diesen Veränderungen könnte sich auch das geopolitische Gleichgewicht und die wirtschaftliche Interessen der EU im Verhältnis zu Russland neu gestalten. Die kommenden Monate werden entscheidend dafür sein, ob Polen in der Lage ist, die Interessen der EU wirkungsvoll zu vertreten und möglicherweise einen scharfen Kurswechsel zu initiieren. Verdächtig ist, wie sehr sich mit dem ungarischen Mandat unter Orbán die EU-Strategie gegenüber Russland bisher gedreht hat.

Mehr Informationen über die Hintergründe dieser Entwicklung und deren Auswirkungen finden sich in einem ausführlichen Bericht **auf [www.fr.de](http://www.fr.de)**.

Details	
<b>Ort</b>	Brüssel, Belgien

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**